

Micha Brechtel

Die Tilgung von Geldforderungen bei Überweisung, Lastschrift- und Kreditkartenzahlung

**Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung
der Risikoverteilung bei einer Bankinsolvenz**



Nomos

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einführung	15
A. Die Bedeutung der bargeldlosen Zahlung in der Praxis	15
B. Geld- und Zahlungsrecht im deutschen Regelungssystem	16
C. Die Vereinheitlichung des Zahlungsrechts	17
D. Risikoverteilung und Bankinsolvenz	18
E. Eingrenzung des Themas und Gang der Untersuchung	20
§ 2 Geld und Buchgeld im deutschen Recht	23
A. Die geschuldete Leistung bei der Geldschuld	23
I. Der Geldbegriff im Schuldrecht	23
1. Geldschuld als Sachschuld	23
2. Der funktionale Geldbegriff	25
II. Stellungnahme	25
B. Die Bedeutung des Buchgeldbegriffs	27
I. Kreditinstitute als Anspruchsgegner	27
II. Die Rechtsnatur des Anspruchs	28
III. Die gesicherte, freie Verfügbarkeit	29
1. Verfügungsmacht	29
2. Anspruchssicherung	30
IV. Zwischenergebnis	31
C. Erfüllung mit Buchgeld	32
I. Das Bewirken der Leistung	32
II. Leistung wie geschuldet	33
1. Leistung unter Vorbehalt	33
2. Tatsächliche Einwirkung auf den Leistungserfolg	34
III. Zwischenergebnis	35
§ 3 Tilgung des Zahlungsanspruchs durch Überweisung	36
A. Die Bedeutung der Überweisung	36
B. Das Überweisungsverfahren im Überblick	37

C. Die Ansprüche des Gläubigers im Überweisungsverfahren	38
I. Der Anspruch auf Gutschrift	38
1. Dogmatische Einordnung	38
2. Keine Qualifizierung als Buchgeld	40
II. Der Auszahlungsanspruch aus der Gutschrift	41
III. Zwischenergebnis	43
D. Erfüllung und Erfüllungssurrogate bei der Überweisung	43
I. Erfüllung durch Leistung wie geschuldet	43
II. Erfüllung durch Surrogate	44
III. Zwischenergebnis	45
E. Der Tilgungszeitpunkt bei der Überweisung	46
I. Tilgung durch Gutschrift	46
1. Auffassung der herrschenden Meinung	46
2. Stellungnahme	47
II. Tilgung mit Deckungseingang	48
1. Systematische Erwägungen	49
a) Unwiderruflichkeit nach altem Recht	49
b) Rechtslage nach dem Zahlungsdienstegesetz	50
2. Risikoverteilung bei Insolvenz der Empfängerbank	51
a) Wirkung einer Gutschrift nach der Insolvenz	51
b) Gefahrübergang gemäß § 270 BGB	53
aa) Anwendungsbereich des § 270 BGB	53
bb) Transportrisiko und Insolvenzrisiko	54
cc) Teleologische Auslegung der Norm	55
c) Der Sphärengedanke	56
d) Die Auslegung der Zahlungsabrede	57
aa) Das Einverständnis des Gläubigers mit der Überweisung	58
aaa) Streitstand zur Erforderlichkeit eines Einverständnisses	58
bbb) Stellungnahme	60
ccc) Zwischenergebnis	61
bb) Die beiderseitige Überweisungsvereinbarung	61
cc) Erklärungsinhalt der Überweisungsabrede	62
dd) Ergänzende Auslegung der Überweisungsabrede	63
aaa) Verhältnis der ergänzenden Auslegung zum dispositiven Gesetzesrecht	63
bbb) Grundsatz der beiderseitigen interessengerechten Auslegung	65

ccc)	Interessenlage bei der Überweisung	66
ddd)	Ökonomische Analyse den Überweisungsabrede	67
eee)	Auslegungsergebnis	69
III.	Zwischenergebnis	70
F.	Der Leistungsgegenstand bei der Überweisung	71
I.	Keine Erfüllung einer Geldschuld gemäß § 362 Abs. 1 BGB durch Entstehen des Anspruchs auf Gutschrift	71
II.	Differenzierung nach dem Inhalt der Überweisungsabrede	71
1.	Grundsatz: Kein Ausschluss der Barzahlungsmöglichkeit	72
a)	Abgrenzung zwischen Wahlschuld und Ersetzungsbefugnis	73
b)	Einordnung der Überweisung	74
2.	Ausnahme: Ausschluss der Barzahlungsmöglichkeit	76
a)	Anfängliche Vereinbarung	76
b)	Nachträgliche Vereinbarung	77
G.	Ergebnis	77
§ 4	Tilgung des Zahlungsanspruchs im Lastschriftverfahren	78
A.	Bedeutung und Erscheinungsformen der Lastschrift	78
I.	Abbuchungsauftrags- und Einziehungsermächtigungsverfahren	79
II.	Das elektronische Lastschriftverfahren	79
III.	SEPA-Lastschriftverfahren	81
B.	Einzugsermächtigungsverfahren im Überblick	83
I.	Die Lastschriftabrede: Erteilung der Einzugsermächtigung	83
II.	Die Inkassovereinbarung: Die Einreichung der Lastschrift	85
III.	Das Lastschriftabkommen: Weiterleitung und Einlösung	86
IV.	Der Widerspruch: Rückrechnung in allen Rechtsbeziehungen	88
C.	Buchgeld und Erfüllung im Lastschriftverfahren	89
D.	Der Tilgungszeitpunkt bei Lastschriftzahlungen	92
I.	Überblick über den Meinungsstand	92
II.	Die Rechtsnatur der Einzugsermächtigung	94
1.	Genehmigungstheorie	95
a)	Darstellung der dogmatischen Grundsätze	95
b)	Kritik an der Genehmigungstheorie	96
aa)	Realitätsferne der Theorie und ihrer Grundsätze	96
bb)	Schuldnerinsolvenz bei ausstehender Genehmigung	99
cc)	Insolvenzanfechtung nach Genehmigung	101

dd)	Insolvenz der Inkassobank nach Einlösung aber vor Genehmigung	103
aaa)	Erfüllung durch Genehmigung	104
bbb)	Stundung der Geldforderung	104
ccc)	Missbrauchspotenzial	106
ee)	Zwischenergebnis	109
c)	Die vorläufige Lösung des BGH zur Einzugsermächtigungslastschrift	109
d)	Kritik an der vorläufigen Lösung des BGH	110
2.	Erfüllungstheorie	111
a)	Darstellung der dogmatischen Grundsätze	111
b)	Kritik an der Erfüllungstheorie	114
aa)	Wegfall von Sicherheiten	114
bb)	Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung	115
aaa)	Ausgangslage	115
bbb)	Rückabwicklung nach der Genehmigungstheorie: Direktkondiktion beim Gläubiger	116
ccc)	Unmöglichkeit einer Rückabwicklung nach der Erfüllungstheorie	116
cc)	Vereinbarkeit der Erfüllungstheorie mit der Natur des Distanzgeschäfts	118
c)	Zwischenergebnis	119
3.	Ermächtigungstheorie	120
a)	Darstellung der dogmatischen Grundsätze ,	120
b)	Kritik an der Ermächtigungstheorie	121
aa)	Keine Drittwirkung des Lastschriftabkommens	122
bb)	Wegfall von Sicherheiten	122
cc)	Verbot der Verpflichtungsermächtigung	122
c)	Zwischenergebnis	123
4.	Theorie der weitergeleiteten Weisung	123
a)	Darstellung der dogmatischen Grundsätze	123
b)	Übereinstimmung mit der Konzeption der SEPA-Basislastschrift	124
c)	Stellvertretung oder Botenschaft?	125
d)	Kritik an der Theorie der weitergeleiteten Weisung	126
aa)	Widerspruchsmöglichkeit trotz Berechtigung	127
bb)	Offenkundigkeitsprinzip	128
cc)	Bereicherungsrechtliche Rückabwicklung	129
dd)	Wegfall von Sicherheiten	131

ee) Zwischenergebnis	131
e) Insolvenz der Inkassobank vor Einlösung und nach Einreichung	132
f) Die weitergeleitete Weisung als zukünftige Lösung des BGH	134
aa) Der Vorschlag des BGH zur Angleichung der Lastschriftsysteme	134
bb) Kritik an der vorgeschlagenen Lösung	135
5. Zusammenfassung und Stellungnahme	136
III. Neue Grundsätze für das Lastschriftverfahren	137
1. Zur Erforderlichkeit eines Umdenkens	137
2. Theorie der bedingten Erfüllung	138
a) Darstellung des Lösungsansatzes	138
b) Kritik an der Theorie der bedingten Erfüllung	139
aa) Gleichwertigkeit von Buch- und Bargeld	139
bb) Die Erfüllung als Bezugsobjekt der Bedingung	140
3. Modifizierung der Bedingungstheorie	141
a) Erfüllungsvereinbarung als Bezugsobjekt der Bedingung	141
b) Kritik an der modifizierten Bedingungstheorie	142
aa) Keine Vereinbarung einer bedingten Ersetzungsvereinbarung	142
bb) Selbstverantwortung und Privatautonomie	144
cc) Relativierung der Insolvenzfestigkeit der Lastschriftzahlung	145
dd) Zwischenergebnis	146
4. Anfechtung der Erfüllungsabrede	147
a) Möglichkeit einer Teilanfechtung	147
b) Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	148
c) Anfechtung wegen Eigenschaftsirrtums	149
aa) Qualifizierter Persönlichkeitsbezug	149
bb) Keine Anfechtbarkeit bei fehlender Einlösung der Lastschrift	150
cc) Mögliche Anfechtbarkeit bei Irrtum über Vertrauenswürdigkeit	151
5. Erstreckung akzessorischer Sicherheiten auf nachvertragliche Schadensersatzansprüche	152
a) Die Bürgschaft in der Lastschriftzahlung	152
b) Hypothek und Pfandrecht	154
c) Eigentumsvorbehalt	154
6. Ergänzende Auslegung der Sicherungsabrede	154

7. Zwischenergebnis	155
IV. Abschließende Stellungnahme zur Einzugsermächtigungslastschrift	156
1. Das absehbare Ende der Genehmigungstheorie	156
2. Die Hinwendung zur Theorie der weitergeleiteten Weisung	156
3. Die geschuldete Leistung bei der Einzugsermächtigungslastschrift	158
a) Keine Tilgung durch Vorbehaltsgutschrift nach der Einreichung	158
b) Tilgung an Erfüllung statt durch Einlösung der Lastschrift	160
aa) Stellung des Gläubigers bei der Tilgung durch Lastschrifteinlösung	160
bb) Erstattung und Widerspruch bei der Leistung an Erfüllung statt	161
c) Keine Tilgung vor der Einlösung	163
E. Ergebnis	164
§ 5 Tilgung des Zahlungsanspruchs bei der Kreditkartenzahlung	166
A. Ursprung und Bedeutung der Kreditkartenzahlung	166
B. Das Kreditkartenverfahren im Überblick	166
I. Akquisitionsvertrag und Emissionsvertrag	167
1. Akquisition und Emission im Drei-Parteien-System	167
2. Das Vier-Parteien-System	168
a) Lizenzabrede und Interchange	169
b) Die funktionale Verbundenheit der Kartenunternehmen	169
c) Auswirkung auf die Untersuchung	170
II. Unterscheidung zwischen Präsenzgeschäft und Fernabsatz	170
C. Buchgeld bei der Kreditkartenzahlung im Präsenzgeschäft	171
I. Die Rechtsnatur der Zahlungszusage	172
1. Forderungskauf	172
2. Abstraktes Schuldversprechen	173
3. Garantieverprechen	174
4. Zwischenergebnis	174
II. <u>Bedingung</u> der Vorlage ordnungsgemäßer Belege	175
III. Zwischenergebnis	176
D. Der Tilgungszeitpunkt im Präsenzgeschäft	177
I. Kreditkartenzahlung als Leistung erfüllungshalber	177
1. Gesetzliche Vermutung aus § 364 Abs. 2 BGB	177

2. Kritik	178
II. Annahme einer anderen Leistung an Erfüllung statt	179
1. Existenz eines bargeldgleichen Leistungsgegenstandes	180
2. Fehlen der freien Verfügbarkeit	182
3. Kreditkartenabrede und Vorrang der Privatautonomie	183
4. Interessenlage und Risikoverteilung	184
a) Kein Veritätsrisiko	184
b) Beherrschbares Missbrauchsrisiko	186
aa) Risikoverteilung und Sorgfaltspflichten	186
bb) Auswirkungen auf den Tilgungszeitpunkt	188
c) Insolvenzrisiko	189
aa) Ausgangslage zur Verteilung des Insolvenzrisikos	190
bb) Untersuchung der Risikoverteilung	190
aaa) Sphärengedanke im drei- und viergliedrigen System	191
bbb) Ökonomische Analyse des Rechts	193
ccc) Berücksichtigung der Privatautonomie	195
d) Zwischenergebnis	197
5. Auswirkungen auf die Rechtsnatur der Zahlungszusage	198
a) Keine Akzessorietät der Garantie	198
b) Die Rechtsnatur der Zahlungszusage im Kreditkartengeschäft	199
aa) Abstraktheit vom Valutaverhältnis	200
bb) Abstraktheit vom Akquisitionsverhältnis	200
III. Ergebnis	203
E. Der Tilgungszeitpunkt im Fernabsatzgeschäft	204
I. Bargeldersatzfunktion	204
II. Kreditkarteneinsatz im Fernabsatz in Anlehnung an die Lastschrift	205
1. Interessenlage im Vergleich mit der Lastschrift	205
2. Gesetzliche Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten	206
3. Stellungnahme	207
a) Kritik an der Anwendung des AGB-Rechts	207
b) Rückgriff auf das allgemeine Auftragsrecht	208
c) Orientierung am Einzugsermächtigungsverfahren	209
d) Zwischenergebnis	209
III. Tilgung bei der Kreditkartenzahlung im Fernabsatzgeschäft	210
1. Keine Vereinbarung von Rückforderungsansprüchen	211
2. Vereinbarung von Rückforderungsansprüchen	211
a) Unangemessenheit einseitiger Rückforderungsklauseln	211

b) Rückforderungsmöglichkeit in beiden Vertragsverhältnissen	212 214
IV. Ergebnis zum Fernabsatzgeschäft	214
§6 Zusammenfassung in Thesen	216
Literaturverzeichnis	223
Stichwortverzeichnis	235